

--- Beschluss ---

Erklärung zur „CO₂-Minderungsabgabe im Eckpunktepapier Strommarkt“

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2020 seine CO₂-Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 40 Prozent zu verringern. Dies wurde im „Nationalen Klimaziel 2020“ sowie im „Aktionsprogramm Klimaschutz“ fest verankert. Ziel und Vorhaben werden von der SPD-Landesgruppe Ost im Deutschen Bundestag ausdrücklich unterstützt. Wir stimmen im Grundsatz ebenso dem Ansinnen der Bundesregierung zu, effiziente Instrumente einzuführen, um notwendige Beiträge der Brennstoffe zur Emissionsminderung zu leisten.

In einem Fortschrittsbericht hat die Bundesregierung dieses Ziel Ende 2014 noch einmal bekräftigt. In einem „Eckpunktepapier Strommarkt“ aus dem BMWi ist dies nun konkretisiert worden und das Instrument der Klimaabgabe vorgeschlagen worden. Von der Stromwirtschaft soll im Zuge dessen ein zusätzlicher Minderungsbeitrag von 22 Mio. Tonnen CO₂ erbracht werden. Damit soll der CO₂-Ausstoß im Stromsektor um insgesamt 59 Mio. Tonnen gesenkt werden. Um dies zu erreichen, sollen ältere, emissionsstärkere Meiler zusätzlich belastet werden. Diese „zusätzliche Klimaabgabe“ ist dabei kein konstanter Preisaufschlag, sondern soll sich nach dem Alter des Meilers richten. Das bedeutet, für die ersten 20 Jahre nach Errichtung der Anlage gilt die Sonderabgabe nicht; ab dem 21. Jahr hätten die Meiler einen Freibetrag von sieben Mio. Tonnen CO₂ pro Gigawatt, der dann stufenweise auf drei Mio. Tonnen CO₂ sinken soll – im 41. Jahr. Oberhalb dieses Freibetrages müssten dann entsprechende ETS-Zertifikate zusätzlich erworben werden - also Emissionshandelszertifikate, die an der europäischen Handelsbörse (EU-Emissionshandel) gekauft werden.

Grundlage des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ ist der Projektionsbericht 2015 der Bundesregierung zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland gemäß Verordnung 525/2013/EU. Als Beitrag zum Klimaschutz sollen die CO₂-Emissionen im Stromsektor bis zum Jahr 2020 auf 290 Mio. Tonnen CO₂ abgesenkt werden. Gleichwohl soll dabei die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau erhalten bleiben und die Auswirkungen auf den Strompreis so gering wie möglich sein, um eine internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu wahren.

Erklärung der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion

1. Die von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge zur Klimaabgabe werden von der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion in der jetzigen Form vehement abgelehnt. Der Vorschlag würde in seiner jetzigen Form den einen Strukturabbruch in den betroffenen Regionen induzieren und zum Verlust tausender Arbeitsplätze führen. Betroffen sind insbesondere Regionen, die bereits in den zurückliegenden 25 Jahren ohnehin von hohen Strukturbrüchen und Transformationen gekennzeichnet waren. Dort wurde im Übrigen bereits auch ein entscheidender Beitrag zum Emissionsrückgang geleistet.
2. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, mit Blick auf betroffene Reviere vornehmlich in Brandenburg, in Sachsen, in NRW aber auch in Sachsen-Anhalt, die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft so zu gestalten, dass kein ungesteuerter Strukturabbruch entsteht. Die CO₂-Reduktionen sind so zu steuern, dass nicht einige wenige Regionen – und vornehmlich die Bewohner/-innen der Neuen Bundesländer – die Reduktionskosten tragen müssen.
3. Wir sind sicher, dass eine „eins zu eins“ - Umsetzung der aktuellen Regelungsvorschläge einen Strukturbruch zur Folge hätte und die Kraftwerkskapazitäten in den Lausitzer und mitteldeutschen Revieren massiv reduziert würden. Dies hätte auch Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Betrieb von Tagebauen und Rekultivierungsträgern in der Region, die ebenfalls viele Arbeitsplätze binden. Auch vor dem Hintergrund des zur Disposition stehenden Verkaufs des Braunkohlebereichs von Vattenfall Europe sind die Vorschläge neu zu justieren.
4. Wir fordern die Bundesregierung und die Länder auf, den laufenden Strukturwandel in den betroffenen Regionen mit einer aktiven und abgestimmten Strukturpolitik langfristig zu begleiten.